

Zeitung

Dreißigste Jahrgang.

Nr. 354.

Halle, Donnerstag, den 31. Juli.

1919.

Bezugspreise

Je Heft monatlich je zweimonatliche
 Zustellung 2,00 Mark, vierteljährlich
 6,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark
 auswärts. Zustellungsgebühr. Einzel-
 nummer 15 Pf. Bestellungen werden
 von allen Reichspostämtern ange-
 nommen. Im emtl. Zeitungse-
 zeichnis unter Coale-Zeitung einge-
 tragen. Für unentgeltlich eingegan-
 gene Manuskripte wird keine Gewähr
 übernommen. Hochdruck nur mit der
 Quellenangabe. Coale-Zeitung ge-
 stattet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142
 u. 1418, der Bezugsg. Nr. 11331.
 Postfach-Konto Leipzig Nr. 4002.

Anzeigen

werden d. 8gspalt. 30mm br. Mill-
 meterzeile oder deren Raum mit
 50 Pf. berechnet u. in untern An-
 zeigenspalten u. allen Anzeigenge-
 schäften angenommen. Reclamen
 der 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
 Anzeigen-Annahmeschluss vom.
 11 Uhr, für die Sonntags-Abt. abds.
 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zu-
 möglich, müssen schriftlich erfolgen.
 Erfüllungsort: Halle. Erscheint
 tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrif-
 tleit. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
 Neue Promenade 16, Dr. Franz
 Bauer. 17. Neben-Verkaufsstelle:
 Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 31. Juli. 71. Sitzung. Am Regierungs-
 tag; Bauer, Dr. David, Dr. Preuß, Noke, Dr. Well.
 Präsident Preussner eröffnet die Sitzung um 9 Uhr
 30 Minuten.

Auf Grund eines Beschlusses des Abg. Stehr (Dem.) wird
 die Genehmigung zur Straferhöhung des Abg. Gandorfer
 (Bayer. Bauernbd.) vor dem Landgericht München wegen
 Scherzverrats und Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs
 verworfen. Die Genehmigung zur Straferhöhung
 desselben Abgeordneten vor dem Landgericht Kempten
 wegen Vergehens gegen § 134 des Reichsgesetzes im Zu-
 sammenhang mit der Bekanntmachung über die Rener-
 gung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 und den Ausfuhr-
 gebührenbestimmungen vom gleichen Tage wird erteilt.

Beratung des Verfassungsentwurfs

Wird bei dem gestern zurückgekehrten Artikel 18 (Länder-
 fassung) fortgesetzt.
 Abg. Ullrich (Chr.): Die Regelung der Länderfrage durch
 die Fassung des Artikels bei der zweiten Lesung ist nicht be-
 friedigend. In der durch Antrag Roede, Trimbom, Heile
 vorgeschlagenen Fassung wird einengangs der allgemeine Grund-
 satz aufgestellt: Die Gliederung des Reiches in Länder soll
 unter möglichst Berücksichtigung des Willens der beteiligten
 Bevölkerung der wirtschaftlichen und kulturellen Völkerteilung
 des Volkes dienen. Der Satz über

Gebietsänderungen

erhält die Fassung: Die Abänderungen des Gebiets von Län-
 dern und die Neuteilung von Ländern innerhalb des Reiches
 erfolgen durch verfassungsmäßiges Gesetz. Die Wünsche
 über die Größe, in denen ein einfaches Reichsgesetz beschlos-
 sen unverändert. Zum Beschluß einer Gebietsänderung
 sollen drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, mindestens
 aber die Stimmenmehrheit der Wahlberechtigten erforderlich
 sein. Wir hoffen, daß damit eine Grundlage in dieser schwie-
 rigen Frage gefunden ist, die allen berechtigten Wünschen
 entgegenkommt. Insbesondere hoffe wir, daß auch die be-
 troffenen Gebiete, wie z. B.

Dör-Schlesien

dadurch die Möglichkeit gewinnen, im Verband des Deutschen
 Reiches zu bleiben.
 Abg. Schumann (So.) erwartet eine Erklärung der preußi-
 schen Regierung, daß sie einer großzügigen Lösung der preußi-
 schen Frage nicht in den Weg legt.

Abg. Hampe (Dn.) tritt für die

Bildung eines selbständigen Niederösterreichens

an.
 Abg. Heile (Dem.): Nicht auf dem Wege gewalttätiger
 und bürokratischer Regelung, sondern in Anlehnung an die
 lebendigen Kräfte des deutschen Volkes müssen wir versuchen,
 an einer organisatorischen Gliederung zu kommen. Deshalb
 wird auch der preussische Staat sich entschließen müssen, einen
 Teil seiner Bestandteile dieser Gliederung zum Opfer zu
 bringen.

Abg. Graf Dohna (D. Wpl.): Es wäre wohl richtiger ge-

wesen, zu der endgültigen Gestaltung dieses Artikels alle
 Parteien zuzuziehen. Die wichtige Frage, wer darüber zu
 entscheiden hat, ob ein überwiegendes Reichsinteresse vor-
 liegt, ist im Kompromiß vollkommen erledigt.

Abg. Dr. Philipp (Dn. Wpl.): Wir erörtern in dem Kom-

missionen eine

wesentliche Verschlechterung

des Beschlusses der zweiten Lesung. Es ist der Vereinfachung
 des Reiches ungunstiger als die frühere Fassung.
 Abg. Koch (So.) (Dem.): Meiner Partei kann niemand
 an Vorwurf machen, daß sie nicht alles in ihrem Macht
 zu tun um die Einheitsstaat gegangen ist. Wir werden
 auch das Finanzwesen einseitig regeln.

Wir wollen den Unitarismus,

aber nicht die Zentralisation. Wir verwerfen nicht
 das Reich mit Berlin. Wir erreichen das Ziel des Ein-
 heitsstaates dadurch, daß die

Zukunftigkeit des Reiches systematisch erweitert

wird. Solange allerdings die liberalen Staaten Schwie-
 rigkeiten machen, kann man nicht allein von Preußen ein
 Entgegenkommen verlangen. Die erwarten aber von
 Preußen, daß es mit der Autonomie seiner Provinzen voran-
 geht, und auf diese Weise zur Annäherung an die süddeutschen
 Staaten kommt. Wir kennen kein anderes Ziel als den
 Einheitsstaat. Wir sind keine Partikularen, auf
 keine Großpreußen, sondern Deutsche. (Beifall bei den
 Demokraten.)

Abg. Böhm (So.): Ich stelle fest, es gibt in Ober-

österreich keine Bewegung, die sich nicht als Bestreben
 um die höchsten eine, die Oberösterreich einer selbständigen
 Republik machen will. Sie wird aber nicht getragen von der
 großen Masse der Bevölkerung, sondern

von einer Handvoll Kapitalisten

Industrieller und Großgrundbesitzer. (Hört, hört!) Die A-
 rbeiterbewegung und das Mittelstand haben damit nichts zu
 tun. Die Bevölkerung würde der Gefahr mit allen ihr zu
 Gebote stehenden Mitteln zu begegnen wissen. (Beifall.)

Preussischer Minister des Innern Heine:

Der eingebrachte Kompromißantrag ist kein Fort-
 schritt in der Fassung der zweiten Lesung. Gegen den
 Willen der Volksoberhäupter eines Bundesstaates soll aus dem
 Körper dieses Staates ein Stück herausgenommen werden.
 Das ist doch ein gegen die Grundzüge der Demokratie ver-
 rückender Ausnahmefall. Ich stelle noch fest: Ein Kompromiß

ist geschlossen worden nach reichlicher Überlegung und Er-
 wägung, plötzlich im letzten Moment wird es wieder über
 den Haufen geworfen durch Überredungen, bei denen man
 es nicht einmal für gut gehalten hat, die Vertreter
 der Bundesstaaten zu hören. (Hört, hört! und Be-
 wegung.) Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir die Dis-
 kussion allganz fortsetzen. Ueberhaupt wird

die Verfassung in vielen Punkten bereits in nächster Zeit
 revidiert

werden müssen. Ich setze mein Vertrauen auf die Gemessen-
 heit der Reichsregierung, die nur da, wo wirklich ein
 überwiegendes Interesse des Reiches vorliegt, beantragen
 wird gegen den Willen einer Volksoberhäupter eines Landes
 zu verfahren. Nun zur

obersteinsten Frage:

Im Dezember lehnten die Oberösterreicher eine selbständige
 Republik entschieden ab. Das Projekt kam, Ober-
 österreicher weitgehende Sonderrechte zu geben. Die preussische
 Regierung tat es, soweit es auf dem Verwaltungswege mög-
 lich war, hinsichtlich des Gebrauchs der Muttersprache, des
 Schulwesens, der Befreiungen von Beamtenstellen. Dann ein
 neues Projekt. Oberösterreicher müßte selbständige Pro-
 vinz werden. Bei der allgemeinen Verwaltungsreform
 plant Preußen längst

eine rechtsstaatliche Autonomie der Provinzen,

soweit sie mit einer zentralisierten Verwaltung vereinbar ist.
 Für Oberösterreich haben wir dann sogar ein Stück Verwal-
 tung reform vorgeschlagen. Das vor er-
 gewissen Kreisen noch immer nicht genug. Sie verlangen so-
 fort eine selbständige Provinz oder einen selbständigen Staat.
 andernfalls würde es zur Zustimmung für Polen kommen.
 Das ist die Art, wie man immer mit Handgranaten vor-
 und hintreibt. (Sehr richtig.)

Auch der Vorkam mit Dokumenten bekanntgeben.

WTB. Rom, 30. Juli. Bezüglich der Veröffentlichung
 von Dokumenten durch Deutschland wurde dem
 vatikanischen Korrespondenten auf der Agentur Franco
 erklärt, daß der Schwerefall von Deutschland ungenau
 dargestellt, und falsch interpretiert worden sei. Es
 handelte sich keineswegs um von Frankreich und Eng-
 land ausübende Interventionen. Bei der letzten
 politischen Sitzung des Ministens des auswärtigen Ge-
 schäftes zu den Kardinal Caspari handelte es sich um die
 mehr um das Gegenteil. Er sagte die Gründe
 auf, welche den Frieden unmöglich machen, insbesondere
 jene, die Belgien betreffen. Die vom Heiligen Stuhl
 übermittelten Dokumente werden veröffentlicht. Es
 wäre dies wahrheitsgemäß schon geschehen, wenn nicht
 „Observatore Romano“ insolge des Streiks der Typo-
 graphen am Erscheinen verhindert worden wäre.

Zentrumsliste für Loslösungsbestrebungen.

WTB. 30. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die
 Vertrauensmänner der Zentrumspartei des ersten
 nationalen Wahlkreises haben in ihrer Verammlung
 aus wirtschaftlichen, kulturellen, innen- und außen-
 politischen Gründen die Forderung auf Erhaltung einer
 zentralen Verwaltung im Verband des Deutschen Reiches
 verworfen. Die demokratischen Verbände verlangen die
 zur Freilegung des wahren Volkswillens unverzüglich
 Herbeiführung einer Volksabstimmung über diese Frage.
 Sie erachten die bestmögliche Einführung einer zwei-
 jährigen Sperrfrist als einen Hohn auf das Selbst-
 bestimmungsrecht des rheinischen Volkes und erwarten
 von der Zentrumspartei der Nationalversammlung,
 daß sie dieser Sperrfrist unter keinen Umständen aus-
 stimmt.

Im Luftfahrzeug von der Ukraine nach Berlin.

Wien, 31. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Gestern
 Nachmittag nahm das Großflugzeug R 90 auf dem Flug-
 feld Mpern auf dem Wege von Kamenez Podolsk nach
 Berlin eine Zwischenlandung vor. An Bord waren
 22 Personen, darunter Herren der ukrainischen Gelande-
 isch und zwei deutsche Kriegsgefangene, die schon fünf
 Jahre fern ihrer Heimat waren. Nach erfolgter Re-
 paratur wird der Flug nach Berlin fortgesetzt.

Englischer Bericht aus Russland.

WTB. London, 30. Juli. Neuer. Amtlicher Bericht
 des Kriegsministeriums vom 29. Juli. Der fortwährende Vormarsch
 der Freiwilligen an der Wolgafront mag die Sorge der
 Bolschewisten in Astrachan schwächen. Die Freiwilligen
 befinden sich innerhalb fünf Meilen von Semolowka.
 Außerdem begannen die Freiwilligen auch an der
 Charlow-Poltawa-Front vorzurücken. Wenn sie Akti-
 vitäten nehmen, geben die Bolschewisten zu, daß sie dann
 gezwungen werden, das weiter südlich gelegene Kom-
 munität zu räumen.

Fortdauer der Kassenkämpfe in Chicago.

WTB. Amsterdam, 31. Juli. Nach einer drab-
 tolen Meldung aus New York haben die Kassenkämpfe
 gestern in Chicago heftig fortgedauert, viele Personen
 wurden getötet. 4000 Mann Militär wurden
 aufgeboten, um die Ordnung wieder herzustellen.
 Nach einer Reuters-Meldung in Chicago ist die Zahl
 der Toten bis 30. Juli auf 27 gestiegen, davon 15
 Regier und 12 Weiße. Fast alle Personen
 wurden vermurdet, darunter viele Weiße.

Nach dem Parteitage.

Der nationale und deutsche Gedanke.

Von
 Dr. Walter Schreiber (Halle),
 Mitglied der Preussischen Landesversammlung.

II.

Das Bekenntnis zu den völkerverbindenden Grundgedanken
 das unsere auswärtige Politik leiten soll, darf nicht dazu
 führen, daß der nationale, deutsche Gedanke ver-
 kümmeret. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß er nur dort
 erhalten und gefördert werden kann, wo dülstlicher Haß und
 Gewalt als einschneidende Größen im Völkerverkehr anerkannt
 werden. Wir Deutschen haben wahrhaftig noch andere Dinge,
 auf die wir mit Recht stolz sein können als die Großtaten
 unserer Väter, die wir niemals verkleinern wollen, die uns
 aber zu Dauern des Erfolges nicht geführt haben und von
 denen allein, wie wir erleben mußten, die Lösung eines
 Volkes in der Welt nicht abhängt. Immer können wir uns
 dagegen erinnern, daß unser deutsches Volk in seiner Gesamtheit
 während dieses einschneidenden Krieges treu und tapfer
 Leiden und Schmerzen ertragen hat wie kein anderes Volk
 der Erde und daß es nicht unehrenhaft war, nach vierzehn
 Jahren heldenhaften Widerstandes, verlassen von seinen
 Bundesgenossen der zusammengesetzten Kraft einer ganzen
 Welt zu erliegen. Die deutsche Waffenehre ist gewahrt und
 es kann niemand behaupten, daß sie erst durch einen Revanchekrieg
 wieder hergestellt werden müßte. Wir haben daher gar
 keinen Anlaß das Haupt gebeugt vor dem Feinde zu tragen,
 der nicht im ehrlichen Kampfe Deutschlands über überwin-
 den, sondern mit dem verwerflichen Mittel der Umgehung
 eines ganzen Volkes seinen billigen Triumph errun-
 gen hat.

Gerode legt im Unglück sollten wir uns in freudigem
 Stolz all dessen erinnern, was vor dem Kriege in Deutschland
 geleistet und leuchtend war in der Welt. Wo hatten Kunst und
 Wissenschaft eine gleiche Statt wie bei ihm. Geben wir
 jetzt des Siegeszuges deutscher Technik und deutschen Gerber-
 fleißes; geben der deutschen Schiffahrt, die mit ihrem
 stolzen Wappenspruch „mein Feld ist die Welt“ den Erdball um-
 spannt! Einmütig auch, wie Deutschland voranschritt im
 Ausbau der sozialen Gesetzgebung, wie es das Land der
 Schulen war und der rechtlichen Verwaltung! Das alles ist
 jetzt zum Teil vernichtet, zum Teil wird es weitergeleitet
 werden von unseren Kindern. Aber es wird wieder
 unser Stolz sein, wenn wir nur endlich unser
 nationales Selbstbewußtsein wieder finden
 wenn wir nicht in nationaler Ueberhebung, aber in nation-
 alen Stolz alles dessen gedenken, was das deutsche Volk
 einst ausgeführt hat vor den Völkern der Erde und was
 wieder sein Ruhm sein soll, wenn es wieder groß sein wird
 in dem, was bisher die Quelle seiner Stärke war, in Fleiß
 und Arbeit!

Dazu wird es notwendig sein, daß das Volk wieder
 mehr Achtung vor sich selbst gewinnt. Nur mit
 Selbstvertrauen und Glauben an seine Zukunft wird unser
 Volk den schwersten Weg seines Aufstieges finden. Das hat
 zur Voraussetzung, daß unsere Jugend mehr als bisher zu
 einem bewußten Deutschtum erzogen wird. Nicht die Un-
 genüge des Wissenswerten, sondern Charakterbildung und Er-
 ziehung zur Staatsbürgerlichkeit sollten in Zukunft das Be-
 stimmende unseres Unterrichts sein. Wenn jedes deutsche
 Kind in sich aufnimmt, was besonders hervorleuchtend am
 deutschen Charakter, was wirklich groß war in der deutschen
 Vergangenheit und worin der Deutsche in Gegenwart und
 Zukunft der Menschheit voranzutreten will, dann wird es
 überall in der Welt erhabenen Sanges bekennen: ich bin
 ein Deutscher.

Das ist es, was uns bisher in so hohem Maße gefehlt
 hat, daß wir wohl die Gefährliche der Potentaten in Deutsch-
 land kennen lernten, aber keine Volks- und Bürgerkunde.
 Es ist eine der größten Sünden unseres er-
 gangenen Obrigkeitsstaates, daß er kein
 eigentliches Nationalgefühl, keinen echten
 Nationalstolz in unserem Volke ertragen hat.
 Gar zu sehr hat man die Klagen, daß der Deutsche im
 Ausland kein Deutschtum so schnell verliert. Das war das
 folgerichtigste nationalpolitische Ergebnis des alten Systems,
 nach dem sich unsere Reaktionäre mit so heftiger Leidenschaft
 aufreichten. Woher kam es denn, daß bei den demokratischen
 Völkern unserer Feinde, wie doch auch unsere Nationalisten
 während des Krieges so oft betonten, das Nationalgefühl so
 viel tiefer entwidelt war als im deutschen Obrigkeits-
 staate? Weil nicht im Untertanenverhältnis, sondern nur auf dem Boden der Demokratie
 wirkliches Nationalgefühl bilden kann. Die freie Gleichberechtigung jedes Bürgers, die verantwort-
 liche Selbstverwaltung eines mündigen Volkes schafft Bürger-
 stolz; die Mitbestimmung und die Anteilnahme an den staat-
 lichen Dingen schafft jenes Staatsbürgerbewußtsein, jenes
 Gefühl der Verknüpfung jedes Einzelnen mit dem Ge-
 samten, mit Will und Sorge der Gesamtheit, dessen Reizen

einige Bevormundung zu unserem Schaden gehemmt hat. Hierzu unser Volk in festeren Ernst zu erziehen, statt es mit nationalitätlichen Phrasen aufzuküßeln, erscheint uns deutschen Demokraten als die Aufgabe jeder wahrhaft nationalen Politik, die uns teilt.

Erhöhung des unpfändbaren Lohnbetrages.

Zur Grund der Verordnung des Reichsministeriums vom 2. Juni 1919 ist der Arbeits- oder Dienstlohn unpfändbar, falls der Schuldner seinem Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, bis zur Summe von 2500 M. für das Jahr, in anderen Fällen bis zur Summe von 2000 M. für das Jahr. Soweit der Lohn die Summen von 2500 M. bzw. 2000 M. übersteigt, ist ferner ein Bruchteil des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen. Im Falle a) erhöht sich weiterhin der unpfändbare Teil des Mehrbetrages für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, um ein weiteres Drittel, höchstens jedoch auf sechs Drittel des Mehrbetrages. Soweit der unpfändbare Teil des Lohnes im Falle a) den Betrag von 4500 M. für das Jahr und im Falle b) den Betrag von 3000 M. für das Jahr übersteigen würde, unterliegt die Pfändung keinen Beschränkungen. Dem Schuldner werden also die Summen mehr belassen als 4500 M., wenn er Angehörigen Unterhalt zu gewähren hat (Fall 1) und 3000 M., wenn er dies nicht braucht (Fall 2).
Tritt eine Veränderung der Verhältnisse ein, so erweitert oder beschränkt sich die Pfändung nach Maßgabe der eingetretenen Veränderung von dem auf deren Eintritt höchstzulässigen Zeitpunkt ab, an welchem der Lohn fällig wird. Auf Antrag des Gläubigers oder des Schuldners hat die Behörde, welche die Pfändung bewirkt hat, den Pfändungsbeschluss entsprechend zu berichtigen. Der Drittschuldner — das ist hier der Arbeitgeber — kann, solange ihm keine Berichtigung nicht zugeflossen ist, nach Maßgabe der bisherigen Pfändung mit beiderseitigen Willen an den Pfändungsgläubiger zahlen.
Es ist daher Sache der Schuldner, bei den zukünftigen Gehältern unverzüglich die erforderlichen Anträge zu stellen, wobei der Pfändungsbeschluss vorzulegen und das Vorhandensein der Unterhaltspflichtigen durch Familienkassenbescheinigung, polizeiliche Bescheinigung, gerichtliche Urkunden und dergl. nachzuweisen ist.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die Pfändung des Ruhegeldes der Personen, die in einem privaten Arbeits- oder Dienstverhältnis beschäftigt gewesen sind, entsprechende Anwendung. Die Pfändungsbeschränkungen gelten nicht, wenn der Lohn für laufende Steuern verbleibt wird. Kann ein Lohn nicht der ganze Lohn befreit werden, so kann auf Auszahlung an den Schuldner nichts mehr verbleibt. Es empfiehlt sich daher dringend, es zu Pfändungen wegen Steuern nicht kommen zu lassen.

Neuer Terror der Unabhängigen.

Duisburg, 30. Juli. Die Belegschaft der Werke „Mergard“ trat morgens in den Zustand. Der Grund hierfür ist im Ultimatum der kommunistischen Partei und der Unabhängigen an General Winter und Reichsminister Seegering, worin sie die sofortige Freilassung der Besatzung in den Hungersfreit eingetretenen politischen Gefangenen in West fordern.

Die Demokraten sollen helfen.

Berlin, 31. Juli. In einer Unterredung mit dem Reichsminister Dr. David teilt der Sonderbeauftragte Herr „Berl. Tagblatt“ in Weimar mit, der Minister sagte u. a.: Die Gefahr eines solchen Revolutionen ist nicht so gering, wie es scheint. Im Gegenteil, wir müssen alles daran setzen, diesen Katastrophen vorzubeugen, und wir sind es nicht weniger notwendig, rechtzeitig die parlamentarische Basis, auf der die Regierung ruht, so breit als möglich zu gestalten. Ich halte den nicht fernsten Wiedereintritt der Demokraten in das Reichsministerium für überaus wünschenswert.

Keine „Unabhängigen“ im Heere.

Nach einer Verfügung des Kriegsministers steht, wie die „Zeitungsparlamentskorrespondenz“ meldet, die Zugehörigkeit zur kommunistischen oder l. e. P. als Angehörige der bewaffneten Macht im Widerspruch zu der eingegangenen Verpflichtung und ihre Mitglieder können im Heere nicht dienen. Es ist daher für alle Angehörigen des Heeres l. e. P. das Vorhandensein von Mitgliedern dieser Parteien und propagandistischen Maßnahmen von dieser Seite sofort zu melden, damit sie aus dem Heere entfernt und gegebenenfalls der Bestrafung zuzuführen werden können.

Amerika rassistert erst im Spätherbst.

Die „Times“ melden aus Washington, daß der Senat den Friedensvertrag wahrscheinlich erst im Oktober oder später ratifizieren werde.

Dieben Tage Galgenstrick für Österreich.

St. Germain, 30. Juli. (Korr.-Bür.) Auf das Gesuchen des Staatsanwalts Renner, die zur Erhaltung der Souveränität auf die Friedensverträge der Entente erste Hilfe zu verweigern, wurde von der Friedenskonferenz ein Ausschuss von sieben Tagen ernannt. Die Zeit läuft somit am 6. August 1 Uhr mittags ab.

Beia Khan in Wien.

Wien, 31. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus dem gestrigen Abendhinterbliebenen mitgeteilt wurde, wird Beia Khan heute in Wien erwartet. Volkskommissar Anton ist ihm bis zur Grenze entgegengefahren. Beia Khan werde sich an den Besprechungen beteiligen, die mit der englischen und italienischen Exzelsionskommission eingeleitet sind. Das muß aber noch nicht bedeuten, daß ein Systemwechsel bevorsteht, denn die Schanzheit Beia Khans ist schon prinzipiell und nach dem Beispiel Trotski-Berlins ist er bisher immer noch auf Verhandlungen mit der Entente eingeworfen, aber Beia nur zu dem Zweck, um Zeit zu gewinnen.

Die Denkschrift des General Ludendorff

Wien, 30. Juli. Die in der Rede des Ministerpräsidenten kurz zitierte Denkschrift des Generals Ludendorff hat folgenden Inhalt:
Erster General-Quartiermeister.
Großes Hauptquartier, den 14. Sept. 1917.

Bei den Verhandlungen in Berlin ist unsere und die Lage unserer Feinde besprochen. Ich habe mich verpflichtet, hierauf nochmals zurückzukommen und den Gesamtgang schriftlich wiederzugeben, in dem ich mich bewegte. Ich habe ihn hier in Bezug auf Vorgangsbüro, auf Landwirtschaft und Uebersehende erweitert. Unsere Lage im Innern ist nach Angabe der Westfrontverleiher kürzerlich in Bezug auf Futren und Kohlen. In Bezug auf Kohlen leider nicht unerschüttert durch Verhältnisse früherer Monate. Unsere Finanzwirtschaft ist außerordentlich angeschwunden. Durch die Reichstagssitzung ist die Lage im Innern zu einer wenig erfreulichen gemacht. Die Arbeiter und dann auch die Geschäftsbetriebe sind sehr bedrückt. Ich meine aber, diese inneren Schwierigkeiten müssen durch die feste Stellung der jetzigen Regierung überwinden werden; möglich ist es. Oesterreich-Ungarn ist, wie ich es hier nicht näher erläutern will, für die nächsten Monate durchaus an uns gefesselt. Auch Bulgarien wird entgegenkommender, nachdem weißlich des Schicksals die Franzosen lokale Vorteile errungen haben. Der Latten sind wir vorzüglich. Das unsere militärische Lage gestützt ist, und der U-Boot-Krieg wirkt, brauche ich nicht weiter auszuführen. Demgegenüber ist die Lage der Entente ebenfalls sehr verzerrt. Rußland treibt der inneren Auflösung entgegen. Damit verbunden ist als vollwertiger Gegner gänzlich aus. Die inneren Zustände müssen eine Verschiebung und Heilungswerte im Winter mit Sicherheit hervorzuweisen. Diese Zustände werden auf Rumänien zurückzuführen. Die Verhältnisse im Osten haben für uns eine sehr günstige Gestalt angenommen. Die übrigen Ententeemächte haben mit Rußland und Rumänien nicht mehr im vollen Umfange rechnen können. Bestimmte Erscheinungen weisen uns Bündnis nicht auf.

Italien rechnet anscheinend auf einen Erfolg in der zweiten Non-Stop-Schlacht, der wird ihm verweigert bleiben. Die inneren Verhältnisse treten damit zur Kritik. Die Kohlennot muß sehr werden.

Das das neue Ministerium in Frankreich für die Dauer freigesetzt sein wird, das bisherige, ist nicht anzunehmen. Das Generalstabschef im Winter mit Frankreich ist nicht nur einer Kohnmann. Die neuen Nachrichten aus Frankreich stimmen darin überein, daß der U-Boot-Krieg wirkt, daß die Ernährungslage schwierig ist, und daß die englische Regierung mit starken logischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Der Druck nach Frieden in England wird stärker. Ich brauche mich hierüber nicht näher auszusprechen. Sollte England ernsthafte Schritte unternehmen, so wäre das ein Zeichen, daß es nicht mehr glaubt, den Krieg zu gewinnen. Von hier bis zur Ueberzeugung, daß es nur noch verlieren kann, ist ein weites Streifen.

Die Hoffnung der Entente seit Rußlands Niederlage ist Amerika. Es darf, wenn auch nicht unterschätzt, aber auch nicht überhöht werden.

Die das Verhältnis Italiens und seiner Bundesgenossen ist, mag dahingehelt bleiben. Jedenfalls sind starke Reaktionen unter den Mitgliedern der Entente entstanden.

Große kriegerische Erfolge hat das Jahr 1917 der Entente bisher nicht gebracht. Nur Mesopotamien ist von England gewonnen. Die großen Tassenverträge zu Lande und zu Wasser stehen auf unserer Seite (U-Boote).

Ich siehe den Schluß:
Unsere militärische Lage ist

günstiger als die der Entente.

Unser Bündnis ist fester. Die Schwierigkeiten im Innern sind bei uns geringer als bei der Entente.

Trotzdem bin ich auch der Ansicht, daß ein Frieden für uns vor Beginn des Winters erkennbar werden wird, wenn er uns das Nötigste bringt, was wir zur Sicherstellung unserer späteren wirtschaftlicher Entwicklung bedürfen, die uns in eine militärische und wirtschaftliche Lage versetzt, die uns einem neuen Verdringungskrieg mit Rußland ins Auge sehen läßt.

Die künftigen Entwicklungen militärischer und unserer wirtschaftlicher Verhältnisse liegen — außer in der Arme und Flotte — in der Landwirtschaft, der Bodenschätze und unserer Kraft entwickelten Industrie.

Ohne Rumänien und die anderen besetzten Gebiete wären wir

in eine hoch bedeutsame Versorgungsfrage gekommen. Auch mit Rumänien ist es ernst genug geblieben. Sie würde sich noch verschärfen, wenn wir, wie wir später hoffen müssen, Belgien zu versorgen haben. Dies können wir zurzeit nicht. Wir müssen daher einen Zuwachs an Land erhalten. Diesen finden wir nur in Rußland und Litauen, die gute landwirtschaftliche Möglichkeiten bieten. Bei der Haltung Polens müssen wir aus militärischen Rücksichten die Grenzen Litauens über Grodno nach Süden schieben und Ost- und Westpreußen etwas verkleinern. Erst dann können wir Preußen schützen. Auch an einigen Stellen der Frontung Polen ist die Grenze zu ungenügend. Ob wir mit Rußland auf die anderen Dispositionen angeschlossen werden, muß der weiteren politischen Entwicklung überlassen bleiben.

Wir künftig ein besserer Lebensmittelfeststand unter Verhältnissen zu den neutralen Staaten beeinflussen würde, soll hier nur gestreift werden. Korn und Kartoffeln sind Macht, wie Kohle und Eisen.

Unsere Bodenschätze und unsere Industrie liegen an den Grenzen des Reichs so ungenügend wie möglich. Regierung und Reichstag hatten die schwierige Lage des oberirdischen Bodenschatz schon vor dem Kriege erkannt und Standorte dort überholt und verstärkt. Dies allein genügt nicht, wir müssen Oberirdischen auch durch Landgewinnung schützen. Eine Requisition der dort liegenden, im feindlichen Besitz befindlichen Werke mit Uebergang in deutsche Hand würde dies ermöglichen.

Im Westen haben wir die beiden großen Zentren, das lothringisch-luxemburgische Erzgebirge mit dem Saarrevier

und das niederländisch-westfälische Industriegebiet, das sich nach der belgischen und holländischen Grenze zu immer mehr ausbauen wird. Die Gefährdung dieser Gebiete ist in diesem Kriege nicht in Erscheinung getreten, weil wir im Kampf der Entente ungenutzten sind. Außerdem war die Bedeutung der Industriegebiete anfangs überhaupt nicht voll erkannt. Hieran besteht jetzt kein Zweifel, und es muß damit gerechnet werden, daß unsere Feinde alles versuchen werden, uns in diesen Gebieten zu treffen. Würde nur dies gelingen, so wären wir

nicht in der Lage, einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir wären auch wirtschaftlich erledigt. Die inneren politischen Folgen brauche ich nicht zu erläutern.

Der sichere Schutz dieser Gebiete ist für uns eine Lebensfrage. Wir müssen hier das erreichen, was wir irgend erreichen können und mögen unsere Lage berechnen. Erreichen wir nichts, so kann an unsere Lage nur mit schwerer Sorge gedacht werden, und es wäre dann vorzuziehen, weiter zu kämpfen und nicht auf Frieden zu denken. Wir müssen uns klar darüber sein, daß das, was wir nicht erreichen, im Frieden durch hohen militärischen Aufwand (Zugabewehr, Unterhaltung von Militärtruppen, starke Grenzbesatzung) ausgeglichen werden muß, soweit dies überhaupt möglich ist.

Das lothringische Erzgebirge verleiht einen Belandezuwachs nach Westen.

Je größer er ist, desto leichter wird die Sicherung. Der Verlust der Grenze wie vor dem Kriege würde es mit sich bringen, daß jede politische Beurteilung auf die Werte mit ihrer starken Arbeiterkraft zurückzuführen würde. Bei Beginn von Feindseligkeiten wäre der Betrieb lahm gelegt und Reparaturen ausgelehrt. Auch in dem zu erwerbenden Gebietsstreifen liegen Rußland. Umwältig würde dieser Zuwachs gefolgt, im Frieden hiermit mit Rumänien. Die deutschen Exzelsionsarbeiten selber sehr beschränkt sind, ist dieser Punkt nicht unwesentlich. Vor allem aber würde der zu erwerbende Gebietsstreifen eine Gewähr geben, daß die jetzt im deutschen Besitz befindlichen Gruben auch im Kriege arbeiten, wenn sie dann unmittelbar militärischer Schutz haben. Selbstverständlich bleibt das Gebiet durch Artillerie und Flieger immer sehr gefährdet und wird starke Sicherungsmaßnahmen nötig machen, da wir unsere Grenzen dort nicht bis zur Maas vor-schieben können.

Um so dringender ist die

unverzügliche Erhaltung des niederdeutschen-westfälischen Gebiets.

Was die handelsliche Rüste für Luftangriffe auf England für dieses Land, das ist die Maaslinie bei Antwerpen in noch erhöhtem Maße für das Industriegebiet. Wir müssen das Gebiete zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis Saint Remy fest in der Hand behalten. Siehe ich nur in der

Eindeckung durch das Deutsche Reich

die Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein anderes Mittel gibt, muß ich dahingehelt nicht lassen. Vorzüglich scheint es mir noch nicht gefunden.

Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht,

um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisch-belgisch-französisches Meer noch weiter zurückführen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich so eng an uns angegeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Willen an uns lüßt. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Befestigung von Küstlich nicht ins Werk zu setzen sein. Die Neutralität Belgiens ist ein Phantom, mit dem praktisch nicht gerechnet werden darf. Ganz sicher wären wir erst, namentlich bei der Tunnelbau Dover—Calais Wirtschaftlich wird,

wenn wir ganz Belgien militärisch besetzen

und an der handelslichen Rüste fänden. Trotz aller Schwierigkeiten Englands können wir dies zu erreichen zu erreichen. Es fragt sich, ob wir um dieses Ziel den Krieg fortsetzen müssen. Das ist meines Erachtens der Fall, wenn die Engländer einen Gebietsstreifen in Frankreich (Calais) behalten tun sie das nicht, so wäre der Besitz der handelslichen Rüste für uns kein Grund zur Fortsetzung des Krieges über den Winter hinaus. Wir müssen dann die von der handelslichen Rüste erstrebte Einwirkung auf England auf immer erreichen können. Ich halte dies für möglich, wenn Belgien

wirtschaftlich mit dem Deutschen Reich eng verbunden

in Wallonen und Flandern geteilt, mit der Zeit den Schutz gegen Frankreich und England selbst übernimmt und nach Beendigung der Okkupation sich ein Heer und eine Marine hält.

Der Anschluß Belgiens an Deutschland wird zur Folge haben, daß bei einer klar ihr Ziel verfolgenden Politik Holland an uns gezogen wird, zumal wenn sein Kolonialbesitz durch ein mit uns verbündetes Japan garantiert wird. Damit kommen wir wieder an die England gegenstehende Festlandstüste und verwirklicht das Ziel, das die Marine schon jetzt in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung anstrebt. Wir erhalten eine Stellung England gegenüber, die es uns ermöglicht, unseren Handel im nächsten Kriege aufrecht zu erhalten. Dies ist das dritte große Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Hierzu gehören außer Rußland über die westliche Ostküste in Südamerika ein Kolonialreich in Afrika und feste Stützpunkte in und außerhalb des Kolonialreiches. Namentlich wenn wir jetzt auf die handelsliche Rüste verzichten, hat die Marine ein Recht, Stützpunkte als Kompensation, wie das auch der Herr Reichstagler ausgesprochen hat, zu fordern, die es ihr ermöglichen, im nächsten Kriege Deutschland den Weg auf dem Weltmeer und damit seine Zufuhr von auswärts zu erhalten. Je mehr wir von diesem Ziel zurückbleiben, desto größer werden die Mittel, die wir zinslos an Rohstoffen in Deutschland niederlegen müssen.

Dah ein durch günstige Handelsverträge eng mit uns verbundenes Dänemark unsere maritime Salzung und unsere Handelsfreiheit stark erhöhen würde, sei nur gestreift.